Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank“

Nr. 868

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 11. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890

Wegen eines Unfalls

in der Druckerei muß die Abendausgabe unserer Zeitung für die Abonnenten in der Stadt Posen etwas später als gewöhnlich erscheinen.

Der Verlag der „Posener Zeitung.“

Stadtverordneten-Sitzung.

Posen, 10. Dezember.

Erschienen sind die Stadtverordneten: Bach, Benemann, Brodnitz, Dr. v. Dziembowski, Fahle, Förster, Fontane, Friedländer, Herzberg, Dr. Hirschberg, Jacobsohn, Jaeckel, Dr. Jarnatowski, Jerzykiewicz, Kantorowicz, Dr. Landsberger, Leitgeber, Lißner, Manheimer, Müller, Nötel, Orgler, Rosenfeld, Schoenlank, Türk, Victor, Wegner und Ziegler.

Der Magistrat ist vertreten durch: Bürgermeister Kalkowski, Stadtbaurath Grüder und die Stadträthe Kronthal, Dr. Loppe und Rump.

Den Vorsitz führt Justizrath Orgler.

Bezüglich der Wahl des Ersten Bürgermeisters der Stadt Posen schlägt der Vorsitzende vor, die vakante Stelle auch dieses Mal auszuschreiben und die Bewerbungsfrist bis zum 1. Februar a. f. zu bemessen. Nach kurzer Debatte beschließt die Versammlung diesem Vorschlage gemäß. Ueber die Frage, ob die Nebeneinnahme aus der Provinzial-Feuersozietät, die zur Zeit ca. 2100 M. beträgt, in dem Ausschreiben besonders bezeichnet werden soll, wird lebhaft debattirt. Die Stadtv. Fahle und Rosenfeld sprechen sich dagegen aus, während die Stadtverordneten Jaeckel, Dr. Landsberger und Dr. v. Dziembowski dafür sind. Stadtv. Lißner spricht sich ebenfalls gegen die Aufnahme dieser Bemerkung aus, da Niemand wisse, wie lange die Einnahme aus der Feuersozietät überhaupt noch auf der jetzigen Höhe bleiben werde. Die Aufnahme der Bestimmung wird abgelehnt.

Stadtv. Fontane stellt den Antrag, in dem Ausschreiben die Erwartung auszusprechen, daß der neu zu wählende Erste Bürgermeister weder eine Wahl zum Reichstage noch zum Abgeordnetenhause annehmen werde.

Stadtv. Kantorowicz erklärt sich gegen diesen Antrag, weil man dem ersten Beamten der Stadt das wichtigste Bürgerrecht nicht in dieser Weise verkümmern dürfe.

Stadtv. Fahle tritt für den Antrag Fontane ein und führt aus, daß damit noch keine rechtlich einklagbare Verpflichtung eintrete, wenn es in dem Anschreiben heißen sollte, daß die Stadt Posen der Erwartung Ausdruck gebe, ihr Oberbürgermeister werde eine Wahl in den Reichs- oder den Landtag nicht annehmen; aber wenn der zu Wählende ein Mann von Charakter sei, so werde er wissen, wie er sich vorkommenden Falls zu verhalten habe. Jedenfalls habe die Stadtgemeinde das Recht, eine solche Verabredung mit jedem Beamten, den sie anstelle, zu treffen. Redner begründet den Antrag Fontane weiter mit den trüben Erfahrungen, welche die Kommune mit ihrem letzten Oberbürgermeister in dieser Beziehung gemacht habe. Derselbe sei, wenigstens im letzten Jahre, mehr in Berlin als in Posen gewesen, und die Geschäftslast hätte allein auf den Schultern des Magistrats resp. des zweiten Bürgermeisters gelegen.

Stadtv. Kantorowicz bittet nochmals, diese Bestimmung nicht aufzunehmen. Denn nichts habe in der Konfliktszeit mehr Aergerniß erregt, als der damalige Versuch der Regierung, die mißliebigen Beamten am Eintritt in den Landtag zu hindern. Man habe das schließlich damit zu erreichen gesucht, daß den Beamten die Stellvertretungskosten auferlegt wurden. Sehr peinlich sei es ihm, zu sehen, daß die Versammlung jetzt auf eben solchen Bahnen zu wandeln anfange. Es werde genügen, wenn dem zu Wählenden die Meinung der Stadtverordneten über diesen Punkt privatim mitgetheilt werde.

Stadtv. Jacobsohn ist Herrn Kantorowicz für seine Ausführungen, welche von weitgehenderer Auffassung Zeugniß ablegten, dankbar. Warum solle man immer, rückwärts schauend, dem kommenden Oberbürgermeister mit einem durch nichts begründeten Mißtrauen entgegen treten, einem Mißtrauen, dessen Wurzeln in der Vergangenheit liegen?

Die Stadtverordneten Rosenfeld und Lißner stehen auf dem Standpunkt des Herrn Kantorowicz.

Nachdem Stadtv. Fahle nochmals seine Ansichten vertheidigt hat, legt Stadtv. Fontane gegen die Annahme, daß sein Antrag einen politischen Charakter habe, ausdrücklich Verwahrung ein; er habe denselben lediglich im Interesse der Kommune gestellt.

Stadtv. Brodnitz schließt sich dem Antrage Fontane an, während Stadtv. Dr. Landsberger davor warnt, mit dieser Voreingenommenheit in die Zukunft zu treten. Wenn man solche Aeußerungen thue, könne er nur mit Besorgniß dem Wahlakte entgegensehen. Wie wolle man denn alle Sicherheitsmaßregeln gegen irgend welche Möglichkeiten treffen? Der Finanzminister Miquel liefere den Beweis, daß man ein ganz ausgezeichneter Parlamentarier und dabei doch auch ein tüchtiger Verwaltungsbeamter sein könne.

Der Antrag Fontane wird hierauf abgelehnt.

Stadtv. Fontane referirt über einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats, betreffend die Einreichung einer Petition an das Haus der Abgeordneten hinsichtlich der Gestaltung des Gesetzes über die öffentliche Volksschule: Von der Stadt Frankfurt a. M. sei durch den Abgeordneten v. Hergenhahn dem Abgeordnetenhause eine Petition gegen das Gesetz über die öffentliche Volksschule überreicht worden. In der Petition wird ausgeführt, der Volksschul-Gesetzentwurf benachtheilige die Selbstverwaltung in hohem Maße. Jede Unterscheidung zwischen der größten Stadtgemeinde und den kleinsten Dörfern sei in Zukunft ausgeschlossen. Die Volksschule werde eben Staatsschule. Die Gemeinden würden bei der Anstellung, Beurlaubung, Pensionirung etc. der Lehrer nur noch gehört, und es dürften ihre Organe die von ihnen gegründeten und unterhaltenen Schulen nur noch nach vorheriger Anmeldung besuchen. Es wird bezweifelt, ob es nach dem Inkrafttreten des Gesetzes noch möglich sein werde, Männer zu finden, welche die Schule unter den veränderten Aufsichtsbedingungen zu fördern bereit sein würden. Es sei dem Ermessen des jeweiligen Unterrichtsministers anheimgestellt, ob die bestehenden Simultanschulen in konfessionelle Schulen zu verwandeln sein. Endlich trage der Gesetzentwurf den Charakter einer Bevorzugung der Landgemeinden gegenüber den Städten in finanzieller Beziehung. Das Haus der Abgeordneten werde also gebeten, das vorliegende Schulgesetz dahin abzuändern, daß die Rechte der größeren Stadtgemeinden und deren Lokal-Schulbehörden mehr gewahrt blieben, resp. daß denselben die Schulaufsicht in erster Instanz erhalten bleibe, und daß auch in den höheren Instanzen die Mitwirkung der städtischen Körperschaften in Betracht gezogen werde, endlich aber die Stadt und das platte Land gleichmäßig berücksichtigt werde. Diese Petition habe der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. dem hiesigen Magistrat mit der Bitte übersandt, derselben beizutreten, oder eine ebenfalls dahin zielende Petition selbständig abzusenden. Der hiesige Magistrat habe sich der Petition angeschlossen und beantrage, dieselbe anzunehmen unter Hervorhebung des Umstandes, daß die Simultanschulfrage Posen ganz besonders berühre. Referent weist darauf hin, daß in Posen namentlich § 15 des Gesetz-Entwurfes schädlich wirken könne. Es heißt dort, daß an Orten, wo die Zahl der Schulkinder einer Religionsgesellschaft in einem Schulbezirke mehr als 60 betrage, die Schulaufsichtsbehörde die Errichtung einer besonderen Volksschule für diese anzuordnen befugt sei. Darin liege eine große Gefahr für das Simultanschulwesen. Wenn man auch einwenden könne, daß zur Zeit an eine Aufhebung der Simultanschulen in Posen nicht gedacht werde, so könne man doch nicht wissen, wie sich die Verhältnisse in naher Zukunft gestalten könnten. Die Regierung könnte die Simultanschulen einfach aufheben und in Konfessionsschulen umwandeln. Es sei bereits im Abgeordnetenhause ein Antrag in Aussicht genommen, daß eine solche Aenderung nicht ohne Zustimmung der betreffenden Gemeindebehörde vorgenommen werden solle. Wenn dieser Antrag durchginge, würde damit ja eine gewisse Sicherung geschaffen sein. Es wäre nun freilich besser, wenn die Petition in dieser Beziehung etwas schärfer gefaßt würde. Da indessen das Gesetz bereits der Kommission überwiesen sei, erscheine größte Eile dringend geboten.

Stadtv. Fahle stellt den Antrag, die Petition einer Kommission zur Berathung zu überweisen. Durch das vorliegende Gesetz würde die Minister-Allmacht verewigt sein. Die großen Städte seien heute thatsächlich dahin gekommen, für die Schulen nur noch zahlen zu dürfen. Welche Rechte habe z. B. Posen gegenüber einem Schuletat von 350000 Mark? In der Petition sei es nicht scharf genug ausgedrückt, daß die Schule Gemeindeschule sein soll. Jetzt sei sie auf dem Wege, Staatsschule zu werden.

Stadtv. Friedländer beantragt, in der Petition die Bitte auszusprechen, daß die Simultanschulen nur nach Anhörung der Gemeinden resp mit Zustimmung derselben in Konfessionsschulen dürften umgewandelt werden.

Stadtv. Dr. v. Dziembowski: Für ihn sei die Petition unannehmbar, und wenn sie dennoch hier beschlossen und abgesandt werden sollte, so sei es nicht unmöglich, daß ihr ein Protest folgen würde. Mit dem ersten Theile, betreffend die Erweiterung der Selbstverwaltung, könne er sich ja einverstanden erklären, nicht aber mit den Ausführungen, betreffend die Simultanschule. Er stehe auf dem Boden, zu glauben, daß da, wo Lehrer anderer Konfession unterrichteten, namentlich, da das Schulgesetz in Aussicht nehme, daß die städtischen Schulbehörden den bisher innegehabten Einfluß verlieren sollten, diese Lehrer in nicht erwünschter Weise auf die Schüler anderer Konfession einwirken würden. Nicht als ob er der Ansicht sei, daß sie den evangelischen oder den katholischen Schüler bewegen würden, den Glauben seiner Väter zu verlassen; nein! wohl aber sei er der Meinung, daß ein andersgläubiger Lehrer die Kinder in den Grundlagen ihres Glaubens erschüttern und damit der Irreligiosität Vorschub leisten werde respektive könne. Die Religion aber müsse dem Volke erhalten bleiben, wie ein allerhöchster Ausspruch laute; denn dadurch werde dem Umsichgreifen der Sozialdemokratie vorgebeugt. Er müsse ferner erklären, daß er die Simultanschule nicht für so hoch stehend und das Lehrermaterial nicht für so zuverlässig halte, daß er nicht Befürchtungen nach dieser Richtung hin hegen sollte. Ausdrücklich müsse er daher gegen diesen Passus des Antrages Widerspruch erheben. Weiterhin müsse er aber sagen, daß die Versammlung gar nicht berechtigt sei, einen ersten besten Gegenstand, der den Staat angehe, vor ihr Forum zu ziehen. Wie sie das heute mit dem Schulgesetz thue und vor wenigen Wochen mit dem Vieh-Einfuhrverbot gethan habe, könne sie es nächstens mit einem anderen Gesetz, einem anderen Regierungsakt thun, und dann sei sie eben keine Stadtverordneten-Versammlung mehr, sondern eine vorberathende Körperschaft für den Reichs- oder Landtag. Es handele sich hier nicht um eine besondere Gemeinde-Angelegenheit, sondern um eine von außen her in die Versammlung getragene, ihr eigentlich fremde Sache.

Der Vorsitzende entgegnet, die Vorlage gehe dahin, Front zu machen gegen ein Gesetz, welches auf die Simultanschulen der Stadt Bezug habe. Der Magistrat und er hielten die Angelegenheit für eine eminente Gemeinde-Angelegenheit, und er meine daher, daß für diese Verhandlung die Voraussetzungen des § 35 der Städteordnung zuträfen.

Stadtverordneter Lißner weiß nicht, was es Wichtigeres für die Gemeinde gebe, als die mit so großen Kosten errichteten und erhaltenen Simultanschulen.

Stadtv. Fontane drückt sein Erstaunen darüber aus, daß Herr v. Dziembowski der Versammlung den Vorwurf mache, daß sie hier politische Fragen zur Erörterung bringe. Er habe als Referent die Simultanschulfrage absichtlich nur gestreift, um fruchtlose politische Debatten zu vermeiden und die Verhandlungen möglichst auf die Frage der Erhaltung des städtischen Volksschulwesens in seinem jetzigen Zustande zu beschränken. Das sei doch gewiß eine Gemeinde-Angelegenheit. In diesem Sinne hätten auch die folgenden Redner die Sache behandelt. Gerade Herr v. Dziembowski sei es gewesen, der die Debatte auf das politische Gebiet gezogen und eine große politische Rede gehalten habe. Der Aeußerung des Herrn v. Dziembowski gegenüber, daß unsere Simultanschulen den Krieg zwischen Haus und Schule herbeiführten, müsse er doch betonen, daß unser Schulwesen sich bei solchen Zuständen nicht so mustergiltig hätte entwickeln können, wie es thatsächlich der Fall sei. Die städtischen Körperschaften seien stets der Meinung gewesen, daß die Simultanschulen im Gegentheil den Frieden zwischen den verschiedenen Nationalitäten und Konfessionen förderten, und daß dies auch thatsächlich geschehe, werde in weiten Kreisen der Bevölkerung, selbst in den Kreisen, die Herr v. Dziembowski vertrete, anerkannt.

Bürgermeister Kalkowski empfiehlt, mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit den Wortlaut der Frankfurter Petition zu acceptiren. Die Petition sollte dem Abgeordnetenhause eingereicht und eine Abschrift derselben dem Abgeordneten für Posen, Herrn Oberlandesgerichtsrath Schmieder zur Kenntnißnahme und Befürwortung übersandt werden.

Stadtv. Friedländer: Es sei unabsehbar, welche finanzielle Tragweite diese Sache haben könne. Er wolle mit seinem Antrage nur dahin wirken, daß die jetzt bestehenden Simultanschulen nicht ohne Zustimmung der Gemeinden sollten aufgehoben werden. Da Stadtv. Dr. v. Dziembowski auch eine erweiterte Mitwirkung der Gemeinden wolle, müßte er eigentlich auch für diesen Antrag stimmen.

Stadtv. Dr. Landsberger: Die Schulgesetzgebung sei eine Angelegenheit aller Gemeinden Preußens, weil sie den Einfluß der Gemeinde auf die Schule verringern wolle, und eine spezielle Angelegenheit unserer Stadt, weil die Simultanschule unter so vielen Schmerzen entstanden und unter so vielen Leiden sei behütet worden. Erst nachdem die Simultanität hier eingeführt worden war, habe man vielklassige Schulsysteme einrichten können, und sei es gelungen, unsere Bevölkerung, die doch einen Ueberfluß an Intelligenz auch heute noch nicht besitze, auf eine größere Höhe der Bildung zu bringen. Von der Wirkung dieser Petition denke auch er gering. Der gegenwärtige Schulgesetzentwurf habe wenig Aussicht, in geltende Kraft zu treten. Wenn aber die Sache einmal so liege, wie jetzt, so sei auch er dafür, daß die Stadt Posen ihre Stimme erhebe, damit man sehe, daß unsere Stadt ihr Schulwesen erhalten, bewahren und fördern wolle in dem simultanen Charakter, den es heute besitze. Das habe nichts mit dem Kriege von Haus und Schule zu thun. Denn das sei doch ein nationaler Krieg hier in Posen, so viel er wisse. Und wenn auch konfessionelle Schulen hier würden eingerichtet werden, die nicht den Wünschen der Polen entsprächen, so würde der Krieg doch fortdauern. Er und Andere mit ihm aber wollten das Zusammenwirken aller Konfessionen in der Schule, um den Frieden und die Verträglichkeit unter diesen zu fördern. Auf die Zusatzfassung zu der Petition lege er kein Gewicht, und es reiche aus, für dieselbe zu stimmen so, wie sie sei.

Die Stadtverordneten Fahle und Friedländer ziehen ihre Anträge behufs Erleichterung der geschäftlichen Behandlung der Vorlage zurück.

Stadtv. Kantorowicz: Das neue Schulgesetz habe die Landgemeinde-Ordnung zur Grundlage. Aus derselben aber werde man das wenige Gute auch noch aliminiren und auf Grund dieser so geschaffenen Instanzen die Schulen einrichten. Es sei das hier eine eminente Gemeinde-Angelegenheit, und er bitte daher, den Antrag des Magistrats anzunehmen. Daß die Petition nicht viel helfen werde, sei klar. Die Stadtgemeinden, die nun einmal zahlen sollten, würden wohl nicht viel dagegen machen können. Das werden im Landtage die Parteien nach ihrer Stärke entscheiden.

Stadtv. Dr. von Dziembowski: Wenn er die speziell nationalen Gesichtspunkte vorher nicht hervorgehoben habe, so sei es nur deshalb nicht geschehen, um die Frage nicht zu scharf zuzuspitzen. Er habe eben nicht einen Standpunkt hervorkehren wollen, der von der Majorität nicht könnte getheit werden. Er habe das Simultanschulwesen getadelt, andere hätten es in den Himmel erhoben; da sei die eine Rede genau so politisch oder unpolitisch gefärbt wie die andere, ohne daß man ihm deswegen einen Vorwurf machen sollte. Wenn er eine politische Debatte hätte haben wollen, so hätte er eben nur den Antrag stellen brauchen, einen Zusatz zur Petition anzunehmen, daß die polnische Sprache in den Schulunterricht als Unterrichtssprache wieder sollte eingeführt werden. Bezüglich der Frage der Zuständigkeit müsse er noch sagen, daß nicht jede Staatsangelegenheit, welche die Gemeinde angehe, deswegen schon eine Gemeinde-Angelegenheit sei. In der vorliegenden Fassung sei diese Angelegenheit eben nichts anderes als eine Angelegenheit des preußischen Landtages. Er könne in das Lob der Volksschule nicht so einstimmen, wie es hier geschehen sei. Er protestire formell dagegen, daß unsere Volksschule etwa so vorzügliche Schüler heranbilde. Dies thue er, damit diese Aeußerung nicht widerspruchslos als allseitig anerkannt angesehen werde.

Die Vorlage wird mit allen gegen die Stimmen der vier Polen angenommen.

Nach dem Referat des Stadtv. Förster wird Herr Kaufmann Falkenberg zum Mitglied der Klassensteuer-Einschätzungs-Kommission für den I. Bezirk gewählt. Nach dem Referat ebenfalls des Stadtv. Förster werden die Mitglieder und Stellvertreter zur Kommission für die Einschätzung der klassifizirten Einkommensteuer pro 1891/92 gewählt und zu Waisenräthen die Herren Geistlicher Dr. Skrzydlewski, Geistlicher Stichel, Lehrer Rausch, die Kaufleute Muthschall, Alex. Peyser, Otto Niekisch, Architekt Kindler, Kaufmann Ephraim Leiser, Franz Kaminski, Domvikar Wituski, Kaufmann Arnold und Domvikar Sindzinski.

Zur Annahme eines von der verstorbenen Frau v. Karsnitza der Stadtgemeinde Posen zugewendeten Legates von 30000 Mark, aus dessen Zinsen katholisch-polnische Einwohner unterstützt werden sollen, ertheilt die

Versammlung ihre Zustimmung. Referent: Stadtv. Dr. von Dziembowski.

Stadtv. Jaeckel referirt über die Bewilligung der Mittel für Zahlung der Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Beiträge für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1891 und eines Vorschusses für die ersten Bureau- und Kassen-Einrichtungen: Aus dem qu. Gesetze erwachsen der Stadt verschiedene Verpflichtungen. So habe sie für ihre Beamten, welche weniger als 2000 Mk. Gehalt erhielten, die Versicherungsbeiträge zu leisten. Dieselben beliefen sich für das erste Vierteljahr 1891 auf 559 Mk. Ferner seien auch Bureau- und Kassen-Einrichtungen nothwendig geworden. Die Kommission beantrage hierfür die Bewilligung von 1500 Mk.

Beide Summen werden bewilligt.

Schluß der Sitzung um 8¼ Uhr.

Vermischtes.

† **Vollständig niedergebrannt** ist die Spinnerei in der russischen Stadt Rostow. Der Schaden beträgt 780 000 Rubel. 1000 Arbeiter wurden brotlos.

† **Welche Arbeitskraft die Vorbereitung zur Volkszählung** allein beansprucht hat, ergiebt sich aus folgenden, von der „Statistischen Korrespondenz" mitgetheilten Zahlen: Im Königreich Preußen hatte die Versendung der für die Volkszählung am 1. Dezember d. J. bestimmten Zählpapiere am 10. September begonnen und wurde am 25. Oktober d. J. beendigt, so daß spätestens am 10. November d. J. jede Stadt- oder Landgemeinde bezw. jeder Gutsbezirk in den Besitz der erforderlichen Karten und Listen nebst den zugehörigen Anleitungen und Mustern gelangt sein mußte. Es wurden zum Zwecke der Zählung für den preußischen Staat mit Ausnahme des Stadtkreises Berlin, welcher seinen Bedarf an Zählpapieren selbst beschafft, hergestellt und gedruckt: 34 000 000 Stück Zählkarten A, 1 000 000 Stück Zählkarten a, 7 430 000 Stück Haushaltungs-Verzeichnisse B, 7 395 000 Stück Anleitungen und Zählbriefe C/B mit Mustern ausgefüllter Formulare A, a und B, 250 000 Stück Zähler-Anweisungen E, 500 000 Stück Zähler-Kontrolllisten F, 133 000 Stück Ortslisten G, 133 000 Stück Muster ausgefüllter Ortslisten G, 133 000 Stück Anweisungen für die Behörden H und 11 000 Stück Ansprachen an die Bevölkerung. Diese 50 985 000 Zählpapiere wogen insgesammt 213 021 Kg. Die Herstellungskosten dieser Zählpapiere betrugen rund 114 000 Mark. Die Versendung beanspruchte 2792 Kisten zur Verpackung; das Gesammtgewicht der abgesandten Kisten stellte sich auf 248 069 Kg. ausschließlich 816 Kg. in 146 Postpacketen. Zur Befriedigung von Nachforderungen sind sodann bis zum 3. Dezember Mittags, noch 5 Kisten (412 Kg.), 1213 Packete und 262 Kreuzbandsendungen (zusammen 4698 Kg.) abgefertigt worden. Die Ansprache an die Bevölkerung gelangte in 1079 Briefen (51 Kg.) zur Versendung. Die in Berlin für die Volkszählung zur Ausgabe gelangten Formulare würden auf einandergelegt eine Säule von 800 Meter bilden.

Lokales.

Posen, den 11. Dezember.

—u. Stadtverordneten-Stichwahl. Heute Vormittag hat in dem zweiten Wahlbezirk der dritten Wähler-Abtheilung zwischen den Herren Kommerzienrath Paul Andersch (konservativ) und Büchsenmacher Johann Specht (Pole) die Stichwahl stattgefunden. Die Betheiligung an derselben war eine sehr starke. Namentlich haben wieder die Polen sehr lebhaft für ihren Kandidaten agitirt. So wurden von polnischer Seite Wahlzettel für den Büchsenmacher Johann Specht in deutscher Sprache an deutsche Wähler vertheilt, um bei Letzteren offenbar den Glauben zu erwecken, Herr Specht sei der Kandidat der Deutschen. Es wurden im Ganzen 854 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Herr Kommerzienrath Andersch 474 und Herr Specht 380 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

* **Personalien.** Der Oberförster Nikolai aus Altenau ist nach Oberförsterei Rosengrund versetzt worden.

—u. **Verhaftungen.** Gestern Abend ist eine ganze Anzahl von Verhaftungen vorgenommen worden. Ein noch schulpflichtiger, an der Venetianerstraße wohnhafter Knabe wurde dem Polizeigefängniß zugeführt, weil derselbe in Gemeinschaft mit einem an der Teichstraße wohnhaften, ebenfalls noch schulpflichtigen Burschen einem Kaufmann am Alten Markt eine Porzellantasse entwendet hat. — Dann ist gestern Abend ein obdachloses Dienstmädchen in Haft genommen worden, weil dasselbe, als es im vergangenen Sommer bei einem Gärtner in Oberwilda im Dienste stand, einem Gehilfen ihres Dienstherrn eine silberne Taschenuhr im Werthe von zwölf Mark entwendet hat. — Ferner wurde ein Schulknabe zur Haft gebracht, weil derselbe auf dem Boden eines an der Königsstraße belegenen Hausgrundstückes nächtigen wollte und einem Arbeiter die Summe von 2,50 Mark entwendet hat. — Endlich wurde gestern Abend ein an der Oberwallstraße wohnhafter Diener verhaftet, weil er seinem bisherigen Lohnherrn, einem Offizier, welcher ihn aus dem Dienste entlassen hat, nicht die demselben gehörende Livree und dessen Schlüssel herausgeben, auch nicht die bisher inne gehabte Schlafstube in der Wohnung seines Herrn räumen wollte.

—u. **Diebstähle.** Einem an der Königsstraße wohnhaften Kaufmanne ist am 9. d. M. Abends von seinem unverschlossen gewesenen Hofe ein Faß mit Petroleum im Werthe von 40 Mark entwendet worden. Der Dieb konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden. — Gestern Nachmittag sind einer unverehelichten Frauensperson, welche an dem Fischereiplatze wohnt, von einer ebenfalls unverehelichten, unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehenden Frauensperson aus ihrer unverschlossen gewesenen Wohnung bei Gelegenheit eines Besuches ein schwarzes Kleid, ein braunes Plüschjacket und ein Paar Lackschuhe gestohlen worden. Die entwendeten Gegenstände haben einen Werth von zusammen ungefähr 39 Mark. Nach der an der Breslauerstraße wohnhaften Diebin wird recherchirt.

* **Aus dem Polizeibericht.** Zwangsweise ausgespannt: ein abgetriebenes Pferd. — Zwangsweise gereinigt: die Straße und der Rinnstein vor einem Grundstück auf dem Schloßberge. — Verloren: ein Gummi-Ueberschuh auf dem Wege von der Ritter- nach der St. Martinstraße. — Zugelaufen: ein brauner Jagdhund Mühlenstraße Nr. 17.

Handel und Verkehr.

** **Essen a. d. R.**, 10. Dezember. Der „Rh. Westf. Ztg." zufolge beschlossen heute die Zechen des Essener Reviers unter dem Namen „Essener Kohlenverkaufs-Vereinigung" eine Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Essen nach dem Muster der Dortmunder Kohlenverkaufs-Vereinigung zu bilden. Die Aktiengesellschaft „Essener Kohlenverkaufs-Vereinigung" soll mit dem 1. Januar 1891 in Thätigkeit treten.

** **Newyork**, 10. Dez. Die Fondsmakler Colbron Chauncy und Komp. hier und die Herrengarderobiers Engros Whitten, Burditte and Young in Boston haben ihre Zahlungen eingestellt, letztere mit Passiven von einer Million Dollars; ferner fallirte eine Seidenfirma in Paterson (New-Jersey) mit 400 000 Dollars Passiven.

** **Wien**, 9. Dez. Ausweis der österr.-ungarischen Bank vom 7. Dezember*)

Notenumlauf	431 042 000	Abn.	11 801 000	Fl.
Metallschatz in Silber	165 593 000	Abn.	156 000	„
do. in Gold	54 162 000	Abn.	29 000	„
In Gold zahlb. Wechsel	24 979 000	Abn.	9 000	„
Portefeuille	165 519 000	Abn.	14 320 000	„
Lombard	27 852 000	Zun.	318 000	„
Hypotheken-Darlehne	113 490 000	Zun.	52 000	„
Pfandbriefe im Umlauf	104 974 000	Abn.	3 609 000	„
Steuerfreie Notenreserve	21 895 000	Zun.	12 921 000	„

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 30. November.

** **Petersburg**, 8. Dez. (Ausweis der Reichsbank vom 8. Dezember n. St.*)

Kassen-Bestand	114 158 000	Rbl.	Abn.	1 515 000	Rbl.
Diskontirte Wechsel	17 473 000	„	Zun.	210 000	„
Vorschuß auf Waaren	15 000	„	unverändert.		
Vorsch. auf öffentl. Fonds	8 115 000	„	Zun.	312 000	„
do. auf Aktien und Obligationen	11 610 000	„	Abn.	21 000	„
Kontokurrent des Finanzministeriums	68 007 000	„	Abn.	1 641 000	„
Sonst. Kontokurrenten	34 737 000	„	Abn.	2 434 000	„
Verzinsliche Depots	26 28. 000	„	Zun.	153 000	„

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 1. Dezember.

Marktberichte.

Bromberg, 10. Dezember. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen: gute, gesunde Mittelqualität 180 — 188 Mk., feinster über Notiz. — Roggen je nach Qualität 160—168 Mk., feinster über Notiz. — Gerste unveränd. nach Qual. 130—145 Mk., gute Brauwaare 146—152 Mk. — Futtererbsen 125—135 Mk., Kocherbsen 140—150 Mk. — Hafer je nach Qualität 125—135 Mk. — Spiritus 50er Konsum 63,75 Mk., 70er 44,25 Mark.

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	9. Dezember	10. Dezember.
fein Brodraffinade	28,00—28,25 M.	28,00—28,25 M.
fein Brodraffinade	27,75 M.	27,75 M.
Gem. Raffinade	26,75—28,00 M.	26,75—28,00 M.
Gem. Melis I.	25,75 M.	25,75 M.
Krystallzucker I.	26,25 M.	26,25 M.
Krystallzucker II.	—	—
Melasse Ia.	—	—
Melasse IIa.	—	—

Tendenz am 10. Dezember, Vormittags 11 Uhr: Ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	9. Dezember.	10. Dezember.
Granulirter Zucker	—	—
Kornzuck. Rend. 92 Proz.	16,90—17,10 M.	16,90—17,10 M.
dto. Rend. 88 Proz.	16,05—16,35 M.	16,05—16,35 M.
Nachpr. Rend. 75 Proz.	13,00—14.20 M.	13,00—14,10 M.

Tendenz am 10. Dezember, Vormittags 11 Uhr: Ruhig.

Stettin, 10. Dezember. (An der Börse.) Wetter: Bewölkt. Temperatur + 2 Gr. R., Nachts leichter Frost. Barometer 28,7. Wind: NO.

Weizen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 182—187 Mk., geringer 172 bis 178 M., per Dezember 188 M. Gd., per April-Mai 190,5 M. bez. u. Gd., 191 M. Br. — Roggen laufender Termin unverändert, Frühjahr matt, per 1000 Kilo loko 170 bis 174 M., per Dezember 177,5 M. bez., per April-Mai 167,5—168,5 M. bez. — Gerste geschäftslos. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loko Pommerscher 130 bis 136 Mk. — Rüböl still, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 58,25 M. Br., per Dezember 57,25 M. Br., per April-Mai 57,25 M. Br. — Spiritus höher, per 10 000 Liter-Prozent loko ohne Faß 70er 45,6 M. Gd., 50er 65 M. Gd., per Dezember 70er 45 M. nom., per April-Mai 70er 45,4—46 M. bez., per Mai-Juni 70er 46,3 M. Br., per August-September 70er — M. Br. u. Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen 188 M., Roggen 177,5 M., Spiritus 70er 45 Mark.

Landmarkt: Weizen 180—184 M., Roggen 170—173 M., Gerste 156—160 M., Hafer 136—140 M., Kartoffeln 48—54 M., Heu 2,5—3,00 M., Stroh 28—30 M. (Ostsee-Ztg.)

** **Leipzig**, 10. Dez. [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per Dezember 4,30 M., per Januar 4,30 M., per Februar 4,32½ Mk., per März 4,32½ M., per April 4,32½ M., per Mai 4,32½ M., per Juni 4,32½ M., per Juli 4,32½ M., per August 4,32½ M., per Sept. 4,32½ M., per Oktober 4,32½ M., per November 4,32½ M. Umsatz 120 000 Kilogramm. Fest.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 11. Dez. [Privat-Telegramm der „Posener Zeitung."] Abg. Richter brachte im Abgeordnetenhause mit Unterstützung der freisinnigen Partei den Antrag ein, die Regierung um Auskunft zu ersuchen über den Umfang der seit 1867 gestifteten Fideikomisse, über den Betrag der erhobenen Stempelsteuern und ferner darüber, in welchen einzelnen Fällen der Stempel erlassen worden sei.

Dublin, 11. Dez. Parnell erklärte in seiner gestrigen Rede in der Rotunda, er habe der Bewegung nicht nachgegeben, weil dieselbe nur der Heuchelei und der Unwissenheit zuzuschreiben sei. Die Anklagen gegen ihn beruhten auf einseitigen Zeugenaussagen; seine Rechtfertigung werde nicht ausbleiben. Er sei entschlossen, bei dem seit 16 Jahren eingeschlagenen Verfahren zu beharren. Um Mitternacht drang eine Anzahl Antiparnelliten in das Bureau der Zeitung „United Ireland" ein, bemächtigte sich namens William O'Briens der Bücher und Schriftstücke und hinterließ eine starke Wache.

Berlin, 11. Dez. [Telegraphischer Spezialbericht der „Pos. Ztg."] Reichstag. Bei der Fortsetzung der Etatsberathung wies Abg. Bebel die Behauptung der Konservativen zurück, daß die Zölle den kleinen Landwirthen und ländlichen Arbeitern genutzt hätten. Die Löhne seien niedrig geblieben, weshalb eine steigende Auswanderung nach den industriellen Bezirken stattgefunden habe; nur der Großgrundbesitz habe Vortheil von den Zöllen und kaufe Kleinbesitz an. Die Zollpolitik sei eine Politik gegen die ärmeren Klassen, müsse die allgemeine Unzufriedenheit erregen und schließlich von selbst die Sozialdemokratie zur Herrschaft bringen.

Wien, 11. Dez. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Verordnung des Ministeriums des Innern vom 8. Dezember, nach welcher das Koch'sche Heilmittel nur aus den von der preußischen Staatsverwaltung autorisirten Versandstätten und zwar bis auf Widerruf nur seitens der Vorstände von Heilanstalten und diplomirten Aerzten zu beziehen ist. Die ambulatorische Behandlung ohne gesicherte ärztliche Ueberwachung ist verboten; genaue Aufzeichnungen sind vorgeschrieben. Die Privatärzte sind verpflichtet, jeden in Behandlung genommenen Fall, sowie jeden bei Anwendung des Heilmittels in Anstalten oder in privater Behandlung vorgekommenen Todesfall sofort den Behörden zu melden.

Bukarest, 11. Dez. Anläßlich des Jahrestages der Einnahme von Plewna wurde gestern ein Tedeum gefeiert. Der König, der Thronfolger und die höheren Offiziere wohnten nach dem Gottesdienste der Truppenrevue bei. Bei dem am Abend den Offizieren im königlichen Palais gegebenen Banket toastete der König auf die Armee.

Petersburg, 11. Dez. Der russischen „Petersburger Zeitung" zufolge geht demnächst dem Reichsrath ein Gesetzentwurf zu, durch welchen die Kolonisation Rußlands durch Ausländer untersagt wird. Der Minister des Innern hat Ausnahmen anheimgestellt; jedoch müßten die Zuzulassenden in die russische Unterthanenschaft eintreten. Die bereits in Rußland befindlichen Kolonisten solle das Gesetz veranlassen, sich um die russische Unterthanenschaft zu bewerben oder das Land zu verlassen.

London, 11. Dez. Die Dubliner Meldung über die Wegnahme des Bureaus der Zeitung „United Ireland" durch Antiparnelliten in letzter Nacht ist unbegründet.

Börse zu Posen.

Posen, 11. Dezember. [Amtlicher Börsenbericht.]

Spiritus. Gekündigt —,— L. Regulirungspreis (50er) 63,40, (70er) 44 —. (Loko ohne Faß) (50er) 63,40, (70er) 44,—.

Posen, 11. Dezbr. [Privat-Bericht.] Wetter: leichter Frost.

Spiritus höher. Loko ohne Faß (50er) 63,40, (70er) 44 —, Dezember (50er) 63,40, (70er) 44,—, Januar (50er) 63,40, (70er) 44,—.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 11. Dezember. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 10			Not. v. 10
Weizen geschäftsl.			**Spiritus** schwank.		
do. Dezember	191 —	191 50	70er loko o. Faß	46 60	46 60
do. April-Mai	192 50	192 25	70er Dezember	46 40	46 20
Roggen befestig.			70er April-Mai	46 70	46 60
do. Dezember	180 50	180 —	70er Mai-Juni	46 90	46 80
do. April-Mai	171 25	171 25	70er Juni-Juli	47 40	47 30
Rüböl matt			50er loko o. Faß	— —	— —
do. Dezember	58 50	58 60	**Hafer**		
do. April-Mai	57 20	57 20	do. Dezember	143 75	143 50

Kündigung in **Roggen** 550 Wspl.

Kündigung in **Spiritus** (70er) —,000 Ltr., (50er) —,000 Liter.

Berlin, 11 Dezbr. **Schluß-Course.**

		Not. v. 10
Weizen pr. Dezember	191 —	191 25
do. April-Mai	192 50	192 25
Roggen pr. Dezember	180 —	180 25
do April-Mai	171 —	171 25
Spiritus (Nach amtlichen Notirungen.)		Not. v. 10
do. 70er loko	46 60	46 60
do. 70er Dezember	46 30	46 40
do. 70er April-Mai	46 60	46 70
do. 70er Mai-Juni	46 80	46 90
do. 70er Juni-Juli	47 10	47 30
do. 50er loko	66 —	66 —

		Not. 10			Not. 10
Konsolidirte 4% Anl.	104 90	104 90	Poln. 5% Pfandbr.	70 75	70 75
„ 3½% „	97 90	97 90	Poln. Liquid.-Pfdbr	— —	— —
Pos. 4% Pfandbrf.	101 10	101 20	Ungar. 4% Goldrente	90 30	90 40
Pos. 3½% Pfandbr.	96 60	96 60	Ungar. 5% Papierr.	88 —	88 —
Pos. Rentenbriefe	102 —	102 —	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	167 25	166 75
Posen Prov. Oblig.	— —	— —	Oest. fr. Staatsb. ultimo	107 50	107 25
Oestr Banknoten	176 70	176 90	Lombarden ultimo	59 50	59 25
Oestr. Silberrente	78 40	78 40	**Fondsstimmung**		
Russ. Banknoten	235 10	233 95	fest		
Russ 4½% BdkrPfdbr	102 —	101 25			

Ostpr. Südb. E. S. A	83 60	82 10	Inowrazl. Steinsalz	37 10	37 90
Mainz Ludwighfdto	114 90	114 50	Ultimo: Dzb. Cours.		
Marienb. Mlaw dto	54 90	53 50	Dux-Bodenb. Eisb A	229 50	227 —
Italienische Rente	— —	92 50	Elbethalbahn „ „	97 50	97 40
Russ 4% kons Anl 1880	— —	97 —	Galizier „ „	— —	89 75
dto. zw. Orient. Anl.	76 75	76 25	Schweizer Ctr. „ „	159 60	158 10
dto. Präm.-Anl 1866	160 —	160 —	Berl. Handelsgesell.	155 50	154 50
Rum. 6% Anl. 1880	101 25	101 25	Deutsche B. Akt.	154 50	153 50
Türk. 1% kons. Anl.	18 30	18 25	Diskont. Kommand.	207 40	206 90
Pos. Spritfabr. B. A	— —	— —	Königs- u. Laurah.	135 50	134 75
Gruson Werke	156 50	154 50	Bochumer Gußstahl	154 75	153 50
Schwarzkopf	250 —	249 50	Flöther Maschinen	— —	—
Dortm St. Pr. L. A.	82 10	81 40	Russ. B. f. ausw. H.	77 —	76 90

Nachbörse: Staatsbahn 107 50, Kredit 167 50, Diskonto-Kommandit 207 75.

Stettin, 11 Dezember. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 10			Not. 10
Weizen unverändert			**Spiritus** unverändert		
do Dezember	188 50	188 —	per loko 50 M. Abg.	64 80	65 —
do. April-Mai	190 50	190 50	„ „ 70 „ „	45 40	45 60
Roggen unverändert			„ Dezember „	45 —	45 —
do. Dezember	177 50	177 50	„ April-Mai „	46 10	46 —
do. April-Mai	168 —	168 50			
Rüböl still			**Petroleum***)		
do. Dezember	57 20	57 20	do. per loko	11 20	11 35
do. April-Mai	57 20	57 20			

Petroleum*) loco versteuert Usance 1¼ pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. Dezber. Mittags 1,58 Meter.
„ „ 11. „ Morgens 1,56 „
„ „ 11. „ Mittags 1,51 „

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.